



Niederschrift

34. Plenarsitzung des Gemeinderates

25. Januar 2022, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 11 der Tagesordnung: Gewerbeflächengutachten 2021 für die Stadt Karlsruhe

Vorlage: 2021/1465

Punkt 11.1 der Tagesordnung: Gewerbeflächengutachten 2021 für die Stadt Karlsruhe

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2021/1465/1

Punkt 11.2 der Tagesordnung: Gewerbeflächengutachten 2021 für die Stadt Karlsruhe

Änderungsantrag: AfD

Vorlage: 2021/1465/2

Punkt 11.3 der Tagesordnung: Gewerbeflächengutachten 2021 für die Stadt Karlsruhe

Interfraktioneller Änderungsantrag: CDU, FW|FÜR

Vorlage: 2021/1465/3

Beschluss:

Die Verwaltung empfiehlt vor diesem Hintergrund den im Wirtschaftsförderungsausschuss vorgestellten Beschlussvorschlag wie folgt zu modifizieren:

Der Gemeinderat wird um Kenntnisnahme des Ergebnisberichts zur Fortschreibung und Aktualisierung der Gewerbeflächenstudie gebeten und empfiehlt, die von den Gutachtern vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen für die Stadt Karlsruhe mit Einschränkungen weiterzuverfolgen.

Gewerbeflächen sollen künftig grundsätzlich für gewerbliche Nutzungen zur Unterstützung der Bemühungen im Zusammenhang mit einer forcierten Innenentwicklung vorgehalten werden. Die Zulässigkeit bzw. Umnutzung für kulturelle, soziale oder gesundheitliche Zwecke sollte nur nach kritischer Würdigung sowohl der wirtschaftspolitischen Ziele als auch der kulturellen und sozialen Zwecke in wichtigen Ausnahmefällen erfolgen.

Das Stadtplanungsamt und die Wirtschaftsförderung sowie das Umweltamt werden beauftragt, eine Priorisierung zur Umsetzung der FNP-Flächen vorzunehmen.

Zur Deckung des zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs sollen vorrangig innovative Lösungen entwickelt werden, die sich auf Innenentwicklung, Höhenentwicklung und weitere zu identifizierende Optionen stützen. Als weitere Potentiale zur Gewerbegebietsentwicklung können Flä-

chen umgewidmet werden, die bereits bebaut bzw. versiegelt sind, eine entsprechende Festlegung im FNP existiert und die keine Wertigkeit für den Arten-, Natur- oder Klimaschutz haben. Darüberhinausgehende alternative Flächen zur Deckung des zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs sind zu identifizieren und im Flächennutzungsplan im Tausch gegen bereits im FNP geplante Gewerbeflächen auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

TOP 11: bei 25 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

TOP 11.1: zurückgezogen, erledigt

TOP 11.2: Bei 3 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

TOP 11.3: Bei 19 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung am 10. Dezember 2021 sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Unter 11.1 haben wir ein Änderungsantrag der GRÜNEN, der aber zurückgezogen ist, wenn ich das richtig verstehe, sich erledigt hat

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir haben mit dem vorliegenden Gewerbeflächengutachten eine Analyse zu Bedarf und Angebot an Flächen für die Wirtschaft vorliegen. Die kurzfristig verfügbare Reserve an Flächen dürfte nach Einschätzung der Gutachter*innen bereits 2023 aufgebraucht sein. Die im Flächennutzungsplan vorgesehenen Flächen von rund 80 Hektar für die Entwicklung neuer Gewerbegebiete würde den Bedarf bis 2035 nicht decken, so die Gutachter*innen. Vielmehr würde diese selbst im optimistischsten Fall allenfalls nur bis 2032 ausreichen. Damit stellt sich die Frage, wie nun am besten zu verfahren ist. An dieser Stelle möchte ich gerne vorausschicken, wir GRÜNE sind der Einschätzung, dass Gewerbe Platz benötigt. Wirtschaftliche Attraktivität bedeutet, Fläche bereitstellen. Karlsruhe ist ein Standort mit viel Innovation und vielen Neugründungen. Allein hierfür benötigen wir Flächen. Für uns ist auf jeden Fall klar, dass kurzfristige Maßnahmen ergriffen werden müssen, um auch über 2023 hinaus Flächen für Neugründung und Ansiedlung vielversprechender Unternehmen anbieten zu können. Hierfür kommen auf keinen Fall Flächen infrage, die heute noch nicht im Flächennutzungsplan als Gewerbeflächen ausgewiesen sind. Es dauert viel zu lange, bis eine Änderung des Flächennutzungsplans erreicht werden könnte. Hier muss die Innenentwicklung vorangetrieben werden. Flächen, die im Flächennutzungsplan für Gewerbe vorgesehen sind, müssen mit Baurecht entwickelt werden.

Der mittel- bis langfristige Bedarf stellt die eigentliche Herausforderung dar. Wir tragen hier den Vorschlag der Verwaltung gerne mit, vorrangig innovative Lösungen zu verfolgen, die Innenentwicklung voranzutreiben und alternative Flächen zu entwickeln, die im Tausch für bestehende Planflächen genutzt werden könnten. Mit solch einem Tausch könnte im besten Fall sogar eine schnellere Realisierung von Gewerbeflächen und gleichzeitig beispielsweise eine naturschutzfachliche Verbesserung erreicht werden. Wir GRÜNE sind jedoch in einem sehr klar. Gerade eine Stadt wie Karlsruhe, mit wenig unbebauten Flächen auf ihrer Gemarkung, muss bereits heute das Nettonullziel der Flächeninanspruchnahme in den Blick nehmen. Für das gesamt-

te Land Baden-Württemberg wird dies Mitte der 2030er Jahr soweit sein. Bereits heute können wir den Wettlauf mit Gemeinden im ländlichen Raum nicht gewinnen, die große Gewerbeflächen auf ihrer wenig besiedelten Gemarkung ausweisen. Fläche ist nicht vermehrbar, also müssen wir die zur Verfügung stehende Fläche noch viel besser ausnutzen, indem wir stärker verdichten und mehr in die Höhe gehen. Die Chance für Karlsruhe liegt darin, frühzeitig diese innovativen Lösungen zu verfolgen. So lässt sich Karlsruhe als attraktiven und lebenswerten Wirtschaftsstandort entwickeln.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Lassen Sie mich vielleicht erst einmal zwei, drei Sätze sagen zu dem, was wir im letzten Jahrzehnt auf den Weg gebracht haben, Herr Oberbürgermeister, Sie, mit Ihrer Wirtschaftspolitik. Es ist richtig, dass wir Grund und Boden erworben haben als Stadt Karlsruhe, teilweise gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, aber wahr ist eben auch, dass wir durch dieses FIZ-Areal An der Tagweide oder am Storrenacker auch Firmen in Karlsruhe haben halten können, dass wir diese Firmen in Karlsruhe angesiedelt haben und neue, die letztendlich dazu beigetragen haben, den Wirtschaftsstandort Karlsruhe attraktiv zu halten. Wir haben auf der einen Seite Firmen gewinnen können wie zum Beispiel IKEA, aber die andere Seite der Medaille ist eben auch, dass wir Firmen wie ein Porschezentrum nach Ettlingen verloren haben, dass wir eine Firma Bechtle ebenfalls in Karlsruhe nicht halten konnten. Herr Cramer, Sie haben es gesagt. Lassen Sie sich diesen Satz bitte mit auf den Weg geben von mir. Wir machen die Politik von morgen. Deshalb kann es nicht sein, dass wir uns einfach nur verziehen, weil wir Schwierigkeiten darin sehen, Grundstücke als Gewerbefläche auszuweiten. Das wissen wir, dass das ein langer Prozess ist. Aber heute schon zu sagen, deshalb fangen wir gar nicht an, also das wäre ja eine Politik, die die GRÜNEN vielleicht machen, aber keine Politik für eine vernünftige CDU-Fraktion in dieser Stadt.

Nettonull bringen Sie ins Spiel und, meine Damen und Herren, wer Nullwachstum in der Wirtschaft hat, der weiß, dass wir nur eines vermehren, und das sind eben die Nullen. Wenn Sie Nullen vermehren, wird das am Ende des Tages nicht funktionieren. Wir brauchen ein gesundes Wachstum. Wir brauchen einen Branchenmix weiterhin in dieser Stadt, den wir haben, und wir brauchen einen Kurs mit Stabilität für die heimische Wirtschaft. Was den Flächenverbrauch angeht, da sagt diese CDU-Fraktion, für diese Stadt mit Maß und Ziel, aber Nullwachstum wird mit uns nicht gehen, wir brauchen Flächen. Warum brauchen wir Flächen? Damit wir weiterhin eine gesunde solide Gewerbesteuerinnahme haben, die dieser Stadt letztendlich Wohlstand bringt. Wir können uns mit diesen hohen Summen der Gewerbesteuer mehr leisten als andere Städte. Es wird immer wieder von weichen Standortfaktoren gesprochen. Die haben wir, glaube ich, in den letzten zehn Jahren immer mit dieser Gewerbesteuer ausgebaut. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch in Zukunft Firmen hier in dieser Stadt ansiedeln, dass wir Flächen zur Verfügung stellen und auf diese Flächen Firmen ansiedeln, die diese Stadt langfristig weiterbringen, Arbeitsplätze schaffen in allen Bereichen. Vom einfachen Arbeitsplatz bis zum hochwertigen Ingenieur müssen wir in dieser Stadt Arbeitsplätze schaffen. Dies ist der Kurs der CDU-Fraktion. Wir lehnen daher den GRÜNEN-Antrag bzw. die ziehen den Antrag zurück, aber wir lehnen ebenfalls die Antwort bzw. die Vorlage der Verwaltung ab und stimmen für unseren Antrag.

Stadträtin Uysal (SPD): Der Mangel an Gewerbeflächen droht in den kommenden Jahren zur Wachstumsbremse zu werden. Unternehmen der Region haben Schwierigkeiten, wie bereits Herr Ehlgötz gesagt hat, geeignete Flächen für die eigenen Expansionspläne zu finden. Die Folge ist eine Abwanderung der Firmen, was wir in jüngster Zeit bereits mehrmals erlebt haben. Welche Maßnahmen dieses Problem lindern kann, zeigt uns das Gutachten, das wir vor uns liegen

haben. In diesem Gutachten sind konkrete Handlungsempfehlungen für eine künftige Gewerbeflächenpolitik aufgezeigt. Einige Empfehlungen werden seitens der Wirtschaftsförderung bereits umgesetzt, die wir aber in Zukunft weiter verschärfen müssen. Als Lösungsansatz zur Linderung der Flächenknappheit wurde die Zusammenarbeit über Ortsgrenzen hinaus erwähnt unter der Devise Kooperation statt Konkurrenz- und Kirchturmdenken. Das wird eine nicht so einfache Aufgabe für uns sein.

Auch wir sind der Überzeugung, dass wir die wertvolle Ressource Boden effizienter nutzen müssen. Sie haben vollkommen Recht, Herr Ehlgötz, wir brauchen Flächen. Deshalb müssen wir aber auch das bestehende Angebot zeitgemäß umgestalten. Das heißt, wir müssen dichter, effizienter bauen, auch vielleicht in die Höhe gehen, die Innenentwicklungspotenziale aktivieren durch Nachverdichtung oder auch Kooperationen mit den Eigentümern führen, um das Verhältnis von Flächennachfrage und –angebot ausgleichen zu können, um aber auch handlungsfähig weiterhin zu bleiben. Sie sehen, eine Aktualisierung des Gutachtens liegt vor uns. Jetzt kommt natürlich die große Herausforderung, wie wir diese Handlungsempfehlungen weiter umsetzen, um die wirtschaftliche Dynamik des Wirtschaftsstandorts Karlsruhe zu erhalten bzw. zu bewahren.

Ich möchte zum Schluss aber noch einen wichtigen Punkt mitgeben. Laut CIMA-Gutachten hat die Pandemie bisher weniger Einfluss auf den Gewerbeimmobilienmarkt gehabt, da die Nachfrage weiterhin groß ist. Wir bezweifeln das, wir müssen das auf jeden Fall weiter beobachten und im Auge behalten. Wir sind der Überzeugung, dass es doch in der Flächenlandschaft eventuell Veränderungen geben wird, und dass die Pandemie tatsächlich eine Veränderung und eine Auswirkung mit sich bringen wird. Deshalb müssen wir darauf noch einmal ein Auge werfen. Natürlich leisten die Unternehmen hier einen großen wirtschaftlichen Beitrag für unseren Standort Karlsruhe. Deswegen begegnen wir mit Respekt, deswegen brauchen wir innovative Lösungen, um einfach die Unternehmen auch bei uns zu behalten, mit Berücksichtigung natürlich der Nachhaltigkeit. In diesem Sinne werden wir der Beschlussvorlage so zustimmen und hoffen, dass wir weiter vorankommen und die Handlungsempfehlungen zeitnah umsetzen können.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Die vorliegende Studie zeigt eindrücklich, was wir im Grunde alle schon wussten. Wir müssen uns nur den Stadtplan von Karlsruhe vor Augen führen, um zu erkennen, dass die Zeiten eines unkontrollierten Flächenverbrauchs unwiederbringlich vorbei sind. Die knappste Ressource aus einem Verdichtungsraum wie Karlsruhe ist die Fläche. Deshalb kommt der Flächenhaushaltspolitik eine entscheidende Bedeutung zu. Der Bedarf an Flächen für Wohnen, Freiräume für Natur und Erholung und eben auch der Bedarf an Gewerbeflächen erhöhen den Druck auf die knappe Fläche in Karlsruhe. Hier gilt es abzuwägen und Kompromisse zu finden. Das ist unsere Aufgabe hier im Gemeinderat.

In dem Gutachten prognostizieren die Gutachter*innen bereits Ende des Jahres 2023 eine weitestgehende Handlungsunfähigkeit der Wirtschaftsförderung im Hinblick auf die Befriedigung der Flächennachfrage. Sie merken darüber hinaus an, dass der Wirtschaftsförderung selbst bei einer angenommenen Verfügbarkeit aller Flächenpotenziale im Flächennutzungsplan spätestens 2023 die Hände gebunden sind. Unserer Fraktion ist auch bewusst, dass eine Nichtverfügbarkeit von Gewerbeflächen zu erheblichen Mindereinnahmen im städtischen Haushalt führen kann, aber selbst wenn wir uns jetzt nach der Decke strecken und vieles möglich machen, ist der Zeitpunkt, an dem nichts mehr geht, nicht allzu fern. Das Gutachten gibt viele Handlungsop-

tionen. Fast alles davon wird bereits umgesetzt. Lediglich der restriktive Umgang mit konkurrierender Nutzung wie Wohnungsbau, sozialen Einrichtungen oder kulturelle Nutzung in Gewerbegebieten wird auch nach Aussage der Gutachter*innen nicht konsequent umgesetzt.

Das aktuelle Gutachten empfiehlt, nicht-gewerbliche Nutzung nur in wichtigen Ausnahmefällen zuzulassen. Dies steht im Widerspruch zur Beschlussvorlage des Planungsausschusses im Juli letzten Jahres. Dort wurde besprochen, ich zitiere, Nebennutzung in Form von Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche, in Klammern, Rettungsdienste und sportliche Zwecke für die Baunutzungsverordnung für Gewerbegebiet als ausnahmsweise zulässig anzusehen und in den Nutzungskatalog der Bebauungspläne als ausnahmsweise zulässig aufzunehmen, sofern nicht triftige städtebauliche Gründe dagegen sprechen. Daran wollen wir festhalten. Unabhängig von der alleinigen gewerblichen Nutzung im Gewerbegebiet kommen wir in einem sehr überschaubaren Zeitraum an das Ende der vorhandenen Kapazitäten. Wir haben auf lange Sicht keine Flächen mehr verfügbar, aber wir brauchen Flächen, damit sich vielversprechende Unternehmen weiterentwickeln können. Dieses Dilemma werden wir nicht auflösen können, wenn wir zum Beispiel die kulturelle Nutzung wieder ausschließen. Selbst die im Planungsausschuss gewählte Formulierung lässt eine kulturelle, soziale oder gesundheitliche Nutzung nur in Ausnahmefällen zu. Hinter dieser Formulierung wollen wir nicht zurückfallen. Ansonsten nehmen wir die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Stadtrat Høyem (FDP): Mit der Wirtschaft fängt der Haushalt an, mit der Wirtschaft und den Unternehmern, habe ich in meiner Haushaltsrede gesagt. Gewerbeflächen sind nicht eine notwendige Bosheit, die man verstecken muss. Gewerbeflächen sind der Motor für die dynamische und aktive Entwicklung unserer Stadt. Es ist eine Binsenweisheit, wenn BNN in einem Leitartikel schreibt, es bleibt die Erkenntnis, dass das Platzangebot nach 300 Jahren auf Wachstumskurs endlich ist, eine Binsenweisheit. Deshalb müssen wir viel mehr in die Höhe bauen und viel aktiver die regionale Entwicklung, zum Beispiel in der TechnologieRegion Karlsruhe TRK mit einbeziehen. Selbstverständlich müssen wir auch intelligent und kreativ bündeln und priorisieren. Proaktiv können wir wieder für Wirtschaftswachstum arbeiten.

Wir haben in der Haushaltsrede zwei konkrete Vorschläge gemacht. A) ein Karlsruher Pointer-Zentrum für Nachhaltigkeit rundum und unabhängig von Majolika in den großen maroden Gebäuden mit privaten Investoren zu entwickeln, und B) die Handwerkskammer Bildungsakademie auf dem Pfizer-Gelände zusammen mit der Handwerkskammer zu entwickeln. Den Gutachtern wird in der Beschlussvorlage bestätigt, dass eine Reduzierung der nicht-gewerblichen Nutzungen zwingend notwendig ist. So einfach ist die Wirklichkeit nicht. Die moderne Stadtentwicklung muss kreativ und dynamisch mit Flächenbedarf umgehen und nicht nur schlafwandlerisch die Muster des letzten Jahrhunderts weiterführen. Kollege Herr Dr. Cremer, es ist altmodisch und statisch, mit einem nahezu biblischen Glauben den augenblicklichen Flächennutzungsplan zu betrachten. Dieser Plan ist nicht in Stein gemeißelt, und gerade unser Gemeinderat 2022 ist nicht notwendigerweise der klügste Gemeinderat aller Zeiten. Unsere GRÜNE-Fraktion hat den großen französischen Philosophen Voltaire missverstanden, wenn man den Status quo im Flächennutzungsplan als den besten aller möglichen Welten festhalten will. Voltaires Candide hat diese Aussage ironisch gemeint und hat überhaupt nicht an den Karlsruher Gemeinderat 2022 gedacht. Vielleicht finden unsere Nachfolger neue Wege, mit Flächen umzugehen. Das sollen wir heute nicht verhindern. Es tut mir leid, dass die Sozialdemokraten das nicht so sehen.

Jetzt hat die Verwaltung teilweise den GRÜNEN Antrag übernommen, es macht den Beschluss schlechter. Deshalb haben wir einen interfraktionellen Antrag gestellt. Damit hoffen wir zu ermöglichen, den aktiven Einsatz von Wirtschaftsförderung fortzusetzen und eine weitere dynamische Wirtschaftskraft zu entfalten und die Arbeitsplätze zu sichern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen jetzt wählen zwischen Stillstand und Zukunft.

Stadtrat Schnell (AfD): Als jemand, der seine Brötchen unter anderem mit Prognosen verdient, muss ich konstatieren, etwas schlicht ist der Ansatz der Gutachter schon, von Annahmen zur generellen Wirtschaftsentwicklung im Dreisatz auf den Flächenbedarf zu schließen. Wenn unsere neue Bundesregierung das durchzieht, was sie trotz FDP-Beteiligung so von sich gibt, bin ich ganz bei Heinrich Heine, nämlich um den Schlaf gebracht, wenn ich an Deutschland denke in der Nacht. Aber selbst wenn mir der prognostizierte Bedarf für Gewerbeflächen aus diesem Gutachten ein Stück weit überhöht erscheint, bleibt festzuhalten, der zukünftige Bedarf geht dennoch über die Flächen, die wir noch haben und dann auch entwickeln können, deutlich hinaus. Mit den Empfehlungen der Gutachter, denen wir im Grunde zustimmen, lässt sich diese Bedarfsunterdeckung zwar lindern, aber nicht vollständig beseitigen. Umso wichtiger erscheint es mir daher, bei der Vergabe von Gewerbeflächen gewerbesteuerstarke, möglichst viele Arbeitsplätze schaffende Firmen zu bevorzugen und eben solche bereits in Karlsruhe präsen- te Betriebe bei Laune zu halten und ihnen Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten. Stattdessen geht mit der links-grünen Gemeinderatsmehrheit der Trend dahin, die Karlsruher Standards weiter nach oben zu schrauben, sodass sich letztendlich nur noch eine hoch subventionierte Lastenradmanufaktur oder Ähnliches hier ansiedeln wird. Die hat dann Photovoltaik auf dem Dach, ihre Gebäude sind aus regional nachhaltig geschlagenem Holz und werden geothermisch beheizt, bringen aber kaum Gewerbesteuererträge. Mit solchen Firmen, meine Damen und Herren, können wir die soziale Stadt, die wir sind und auf die wir durchaus stolz sein dürfen, die aber nicht für ein Taschengeld zu haben ist, nicht halten und forcierte Höhenentwicklung sind enge Grenzen durch Alternativstandorte im Umland von Karlsruhe gesetzt. Nettonull funktioniert daher nicht.

Darüber hinaus haben sich Wirtschaftsförderung und Dezernat 4 explizit gegen die vorgeschlagene Änderung der städtischen Vorlage ausgesprochen. Daher lehnen wir diese geänderte Vorlage sowie den ihr zugrundeliegenden Änderungsantrag der GRÜNEN ab. Die überarbeitete Vorlage der Stadt zu diesem Änderungsantrag zeigt aber wieder einmal, wie sehr die Stadtverwaltung inzwischen den GRÜNEN nach dem Munde redet, wenn das von ganz oben so gewünscht wird. Wir hatten das erst neulich im Hauptausschuss, als die Mehrheit der Gemeinderäte bei Gegenstimmen der GRÜNEN zwar der städtischen Vorlage zur Kriegsstraße zustimmte, gleichwohl erbot sich die Stadt, die Vorplanung noch einmal zu überarbeiten und dem Wunsch der GRÜNEN nach mehr Behinderung des Autoverkehrs geflissentlich zu entsprechen. Wir stellen daher der Änderungsantrag, über die unveränderte Vorlage der Stadt abzustimmen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich finde es erst einmal ein sehr positives Zeichen, dass wir heute über diesen massiven Bedarf an Flächen von der Wirtschaft an die Stadt Karlsruhe sprechen, nachdem im vergangenen Dezember in der Haushaltsverhandlung die Wirtschaft schon totgeschrieben wurde, weil die Mehrheit des Gemeinderates mit der Gewerbesteuererhöhung die ganze Wirtschaft an die Wand gefahren hat. Es ist doch gut, dass wir dennoch eine positive Entwicklung haben, und dass Firmen weiterhin Karlsruhe attraktiv finden. Das ist auch, glaube ich, ein gutes Signal an die Wirtschaftsförderung.

Herr Høyem, ich will an Sie anknüpfen. Es ist sicherlich richtig, dass die Wirtschaft ein elementarer Teil ist. Aber ich glaube, ich würde Ihren Satz noch erweitern. Erst einmal sind attraktive Standardbedingungen ein Anfang für den Haushalt, wo sich Mensch und Wirtschaft dann wohlfühlen und anzusiedeln. Ich glaube, darum geht es, und ich glaube, es ist zweifellos undiskutierbar, dass weitere Flächen benötigt werden. Dennoch habe ich gewisse Zweifel an jeder Zahl, die in der Studie steht. Aber ich glaube, diese Detailliertheit der Diskussion ist ein bisschen müßig.

Wir haben dennoch etwas ein Problem mit dem Mantra dieser weiterwachsenden Stadt und immer höher, immer schneller, immer weiter. Denn wir werden schlichtweg nicht alle Flächen zur Verfügung haben, und das kann auch unser Ziel nicht sein. Auch in der Vergangenheit hat die Wirtschaftsförderung nicht jedes Unternehmen angesiedelt, sondern ein Unternehmen, das unseren Kriterien entsprochen hat, die sicherlich sehr hoch sind im Vergleich. Aber darum geht es ja, also die richtigen Unternehmen anzusiedeln. Ich glaube, es geht auch darum, nicht im reinen Konkurrenzkampf zwischen Stadt- und Landkreis zu treten. Der Kollege Dr. Cremer hat richtig gesagt, wir werden nicht jede Firma halten und nicht immer gewinnen können. Das ist dann das Los der großen Stadt wie der großen Firmen teilweise, dass wir vielleicht nicht immer alles haben, was eine Kleinstadt hat. Dafür haben wir andere Vorteile, die viele Unternehmen schätzen können, und auch in der Wirtschaftsförderung kann dieses Prinzip von „the winner takes it all“ nicht funktionieren. Wir können nicht alle Unternehmen in Karlsruhe ansiedeln. Wir werden weiterhin über Regionalplanung diskutieren, auch wenn das natürlich müßig ist und oftmals wenig Schritte vorwärts gehen.

Es ist gut, dass die Vorlage der Verwaltung geändert wurde, weil die ursprüngliche Vorlage dann doch sehr einem alten Zeitgeist entsprochen hat, wo es darum ging, nur Flächen zu schaffen, egal welche Kosten es verursacht. Es ist gut, dass das Nettonullziel drin ist. Es geht auch nicht darum, der nächsten Generation irgendetwas vorzuschreiben, ein Gemeinderat kann so etwas auch immer ändern, sondern es geht darum, ein Ziel zu machen, nämlich dass wir keine Flächen unwiderrufbar zerstören, die wir brauchen aus einer klimapolitischen Sicht.

Eine Problematik sehen wir dennoch in dem Antrag, und deshalb werden wir ihn zwar nicht ablehnen, aber auch nicht zustimmen, von der Vorlage der Verwaltung. Das Primat, was hier vorgeschrieben wird, dass die Flächen wieder für die Wirtschaft allein vorgehalten werden, fällt aus meiner Sicht schon hinter der Formulierung aus dem Planungsausschuss zurück, dass wir in Ausnahmefällen kulturelle und soziale Zwecke haben wollen. Ich möchte das vorhalten. Deshalb sagen wir weiterhin, wir brauchen eine gesamtpolitische Abwägung, machen wir ohnehin, glaube ich, und ich glaube, auch die Kultur braucht weiterhin Lobby. Die Kultur und andere Sozialeinrichtungen sind sicherlich keine Gefahr für die Wirtschaft und dennoch glaube ich, ist es ein guter Schritt, wenn wir weiter die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung machen.

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Jetzt haben wir es Schwarz auf Weiß, was wir eigentlich alle schon wussten, vielleicht nur nicht auf den Hektar genau. Wirklich betroffen gemacht hat mich in dem CIMA-Gutachten, dass wir doch im Wachstum hinter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegen. Das sollte uns schon zu denken geben. Ich kann auch nicht ganz nachvollziehen, warum sich die Kollegen von den GRÜNEN so vehement wehren, weitere Flächen zu erschließen. Eines ist doch ganz klar, die Firmen, die hier bei uns keinen Platz finden, die wandern in den Speckgürtel ab und werden dort Flächen versiegeln. Dann ist die Frage, was uns lieber ist. Das ist ähnlich wie beim Wohnungsbau auch. Auch die Mitarbeiter, die mit neuen Unternehmen kommen, brauchen Wohnungen und sicherlich können wir in die Höhe bauen, aber das geht auch nicht

bei allen Gewerbebezweigen. Ich wollte mal sehen, wie Sie das mit einer Spedition im 8. Stock machen wollen mit dem LKW.

Eine Sache aus vergangenen Gesprächen und Diskussionen wollen wir hier noch einmal ins Feld führen. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben gesagt, wenn Eigentümer oder auch Firmen ihre Grundstücke verkaufen oder ihre Unternehmen, ist die Stadt nicht der erste Ansprechpartner. Oft geht es an der Verwaltung vorbei und wird unter der Hand verkauft, bevor es die Stadt bemerkt. Das wäre für uns auch ein Ansatzhebel zu testen, warum ist das so, warum funktioniert die Kommunikation dann nicht, warum denken Unternehmer oder Grundstückseigentümer nicht zuerst daran, dass sie sagen, ich biete es der Stadt an, damit die sich weiterentwickeln kann. Das wäre für uns auch ein Auftrag an die Verwaltung, da zukünftig daran zu arbeiten, dass, nicht so eine, ich weiß nicht, ob man sagen kann abweisende Haltung ist vielleicht das falsche Wort, aber ich denke, dass viele, die gehen, sich wahrscheinlich auch über irgendwas geärgert haben und deswegen sagen, jetzt verkaufe ich es meinem Nachbarn oder der Firma XY.

Ansonsten, wir haben einen interfraktionellen Antrag gestellt, den wir natürlich unterstützen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Nicht nur der Kollege Ehlgötz, auch andere haben eigentlich unumwunden zugegeben, dass die Prosperität unserer Stadt wesentlich davon abhängt, wie wir in der Zukunft über Gewerbeflächen verfügen können. Das scheint also unstrittig zu sein. Nun antworten Sie sich selbstberuhigend, indem Sie sagen, wir haben noch innovative Möglichkeiten, eruiert das mal, liebe Stadt, wo wir vielleicht schnell und gut in die Höhe und, wie auch immer, durch Tausch Neues generieren können. Dem steht die CDU-Fraktion und die anderen beteiligten Fraktionen überhaupt nicht im Wege. Das muss und darf und soll gemacht werden, vor allem weil das kurzfristige Möglichkeiten und Wege sind, diesem erkannten Bedarf gerecht zu werden. Nun lügen Sie sich aber in die Tasche, weil Sie nicht mehr weitermachen.

Zunächst einmal muss ich natürlich voll und ganz das Argument der Kollegin Lorenz unterstützen. Die Flächen werden in Anspruch genommen, wenn sie die Wirtschaft abrufft. Nur es ist kein Sinn, warum ein Oberzentrum, das einen Riesenjob hat, das einen Riesenfinanzbedarf hat und sich viele Dinge nur leisten kann, wenn die Wirtschaft funktioniert, gerade auf solche Flächen verzichten soll. Das ist das wesentliche Argument auch unseres Antrags. Sie müssen doch erkennen, dass die Entwicklung von Flächen im Flächennutzungsplan einen ganz anderen zeitlichen Vorlauf hat. Da sind Jahre überhaupt nichts, und deswegen muss man das eine machen und das andere nicht lassen. Wir brauchen die Generierung und Überlegung, den Flächennutzungsplan auszuweisen und auszuweiten über die bisher bekannten Flächen. Ohne das geht es nicht, denn bis wir dort wieder Flächen generieren können, sind vier, fünf Jahre ganz schnell rum. Ich kann nur davor warnen, die Stadt Karlsruhe unter eine Käseglocke zu stellen. So werden wir unseren zukünftigen Aufgaben sicher nicht gerecht. Die Nettonull ist von der Regierung zunächst aufgesetzt, aber der Koalitionsvertrag hat noch keine Lösungen für ein Oberzentrum, das eng umschlossen ist und das im Übrigen auch keine Kooperationsverträge mit anderen Gemeinden ermöglichen kann. Das sind alles auch Argumente, mit denen Sie sich beruhigen. Aber wir werden kurzfristig an ein Problem kommen, wenn wir nicht auch im Bereich der Flächen im Regionalplan eingreifen, und die Flächen, die wir dort haben, die sind leider Gottes nicht tauglich. Ich denke an Knielingen, das wissen wir ja alle.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich möchte dann doch noch ein paar Worte hier zur Erläuterung setzen. Also, erst einmal möchte ich zu bedenken geben, dass auch Speditionen mit Hochregallagern arbeiten und dass durchaus auch Höhen genutzt werden können. Das weiß ich wahrscheinlich besser, als Sie sich vorstellen können. Der nächste Punkt, auf den ich hinweisen möchte, wir haben das Jahr 2022, wir haben jetzt 50 Jahre Bericht des Club of Rome, Grenzen des Wachstums. Das ist aber leider immer noch nicht ganz so weit in das Bewusstsein von einigen Kolleginnen und Kollegen hineingedrungen. Fläche ist nicht vermehrbar. Wir müssen Entscheidungen treffen, wie wir damit umgehen, ob wir noch weitere Flächen einfach wild in Anspruch nehmen wollen, anstatt eine sinnvolle Abwägung treffen zu wollen, wo soll Naturfläche sein, wo soll landwirtschaftliche Fläche sein und wo soll eben Siedlungsfläche sein. Wir sehen eben, Karlsruhe ist ein Raum, der schon hoch verdichtet ist. Wir müssen, und wahrscheinlich eben früher als die Umlandgemeinden, umsteuern. Wir müssen diese andere Lösung entwickeln. Ich bin der festen Überzeugung, die Umlandgemeinden werden, wenn das Nettonullziel im Land dann verbindlich gemacht werden wird, diesen Schritt auch gehen müssen.

Wenn wir aber all diese Dinge jetzt lernen, die notwendig sind, um gemeinsam mit den Gewerbetreibenden, mit der Wirtschaft, in die Höhe zu gehen, zu verdichten, solche innovativen Lösungen zu entwickeln, dann werden wir einen Standortvorteil haben. Das heißt natürlich, wir müssen heute schon etwas weiter in die Zukunft blicken. Natürlich ist es nicht so, dass die im Flächennutzungsplan vorgesehenen Flächen nicht entwickelt werden könnten. Wir arbeiten die nächsten Jahre damit. Die Vorlage sieht auch vor, dass Tausch vorgenommen werden kann, wenn zum Beispiel eine Fläche weniger gut geeignet ist, dass ein Tausch durchgeführt werden kann. Damit ist dieser Flächennutzungsplan mit diesem Beschluss keinesfalls in Stein gemeißelt, sondern wir sehen auch damit vor, dass Veränderungen vorgenommen werden können. Die Dynamik wird erhalten bleiben. Deswegen glaube ich, dass diese Vorlage der Verwaltung eine gute Lösung ist, um in den nächsten Jahren einerseits Flächen zu entwickeln, in dem Maße, wie sie bisher vorgesehen sind, und andererseits das Umsteuern Richtung Nettonull zu gehen, was eben auch den Grenzen des Wachstums entspricht.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Wir würden gerne von Ihnen noch einmal detailliert hören vor der Abstimmung, wie mit dem Punkt 1, den die GRÜNEN genannt haben, der für unsere Fraktion sehr, sehr wichtig ist, verfahren wird. Ich zitiere, die Zulässigkeit bzw. Umnutzung für kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke sollte nur nach kritischer Würdigung sowohl der wirtschaftspolitischen Ziele als auch der kulturellen und sozialen Aspekte erfolgen. Bedeutet das, dass letztendlich diese politische Zielsetzung gegeben ist? Das wäre jetzt für unser Abstimmungsverhalten eine wichtige Information von Ihnen, Herr Oberbürgermeister.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich möchte eine Bemerkung zum Kollegen Bimmerle sagen, aber zuerst zum Dr. Cremer. Selbstverständlich haben wir alle - besonders Leute in meinem Alter - das Buch Grenzen des Wachstums gelesen. Das ist eine ideologische, spannende Debatte, aber das ist 50 Jahre alt. Die Definition von Wachstum hat sich total geändert. Das können wir ein anderes Mal intellektuell diskutieren, aber wir haben selbstverständlich dieses Buch gelesen. Das ist eine ideologische Glaubenssache, woran Sie glauben, ich nicht.

Herr Bimmerle, ich wollte nur zwei Dinge an Sie sagen. Keiner ist so naiv, dass man denkt, dass die Gewerbesteuer allein bedeutet, dann kommt die Wirtschaft nicht her oder die Wirtschaft zieht weg von uns, aber die Gewerbesteuer war ganz einfach ein falsches Signal unserer Meinung nach. Man muss das als ein Teil einer Wirtschaftsfreundlichkeit oder Nicht-

Wirtschaftsfreundlichkeit sehen, und heute ist noch ein Beweis, dass wir zurzeit nicht wirtschaftsfreundlich in Karlsruhe sind.

Die zweite Bemerkung an Sie, Sie haben gesagt, wir müssen Wirtschaft und Menschen fördern. Selbstverständlich und glücklicherweise ist moderne Wirtschaft so, dass man wirklich die Menschen oft in den Fokus stellt. Wo Sie selber arbeiten, bin ich überzeugt, dass man dieses verstanden hat, aber es ist wahrscheinlich nicht zu diskutieren, dass ein Mensch in Arbeit normalerweise glücklicher ist als ein Mensch, der nicht in Arbeit ist. Deshalb sind die Arbeitsplätze so wichtig, und deshalb bin ich persönlich so enttäuscht, dass die SPD das anders sieht.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für diese Debatte, die ich auch nicht so hochgeheißt empfunden habe wie manchmal, wenn wir schon über dieses Thema gesprochen haben. Da bin ich Ihnen sehr dankbar. Die Grundlage ist ein Gutachten, das uns die Begrenztheit unserer Ressourcen aufzeigt und uns Handlungsempfehlungen gibt. Jetzt bedeutet eine dieser Handlungsempfehlungen, dass man weitere neue Gewerbeflächen sucht. Mit dem Antrag oder der Beschlussvorlage, die jetzt auf dem Tisch liegt, ist die Wirtschaftsförderung und ist die ganze Stadt weiter beauftragt, nach neuen Flächen zu suchen. Die Begrenzung, die jetzt aber in dem geänderten Text noch deutlicher herausgearbeitet worden ist, ist, dass wir dann, wenn wir nichtbebaute und nichtversiegelte Flächen mit einer natürlichen Widmung sozusagen jetzt neu identifizieren und dann im Flächennutzungsplan ausweisen, dass wir dafür dann andere Flächen, die als Fläche im Flächennutzungsplan für Gewerbe vorgesehen sind, sozusagen austauschen. Das entspricht, das muss ich leider zugeben an der Stelle, insofern brauchen wir das gar nicht aufheißt diskutieren, dem, was in meinem Wahlprogramm steht. Ich fühle mich beauftragt, die Dinge hier so umzusetzen, wie ich das vorher auch als Teil meines Konzeptes vorgegeben habe. Das kann man jetzt falsch finden oder richtig finden. Daraus ergibt sich natürlich auch die Notwendigkeit, dass natürlich das Dezernat 4 und auch die Wirtschaftsförderung diese Option, nämlich weitere Flächen zusätzlich zu dem, was im Flächennutzungsplan steht, auszuweisen, gerne weiterverfolgt hätte. Das ist völlig klar. Aber an der Stelle sind wir dann zu einer anderen Beschlussempfehlung an Sie als Haus gekommen.

Jetzt ist die Frage, bremst uns das in dieser Stadt aus. Sie haben schon einige ganz wichtige Beobachtungen hier wiedergegeben aus den letzten Jahren. Obwohl wir im Moment noch etwa 80 Hektar potenzielle Gewerbefläche hätten, sind Firmen weggegangen, wie Bechtle oder das Porschehaus ist erwähnt worden. Obwohl wir noch 80 Hektar haben, war das Thema, wo finden wir für einen KI-Park denn ausreichend Flächen, um alleine einen Antrag stellen zu können oder wie gehen wir mit der Handwerksakademie um, die sagen, wir brauchen 40 bis 50 Hektar. Wir haben keine Flächen gefunden. Die Flächen, die im Flächennutzungsplan drinstehen, die geeignet gewesen wären, sind von der Erschließung und von der Entwicklung her so aufwendig und so unvorteilhaft, dass es für mich noch einmal ein Indiz dafür ist, es kommt im Moment aus meiner Sicht gar nicht so sehr auf die reine Quantität an, sondern es kommt vor allem auf die Qualität an. Ich fühle mich, auch wenn die Überschrift etwas anders ist, heute von der Pressemeldung der IHK durchaus bestätigt, die darauf hinweisen, wir verzeichnen für 2021 allein 541 Neugründungen im IT-Sektor in unserem IHK-Bezirk, ein nicht unwesentlicher Teil davon in Karlsruhe und so weiter und so weiter. Deswegen brauchen wir hochqualifizierte Büroflächen. Deswegen müssen wir versuchen, aus den zum Teil nur einstöckig bebauten, zum Teil völlig untergenutzten Gewerbeflächen, die wir noch zuhauf haben und die zum Teil auch am Markt waren in den letzten Jahren - einige haben wir sogar erwerben können - eine andere Entwicklung hineinzubekommen. Wir erleben es gerade auf dem Gelände in Durlach am Ortseingang,

dem Schwabe-Gelände. Wir werden es demnächst in der Fiduciastraße miteinander diskutieren können. Wir erleben im Moment, dass man zum Teil durch Höhenentwicklung und durch eine andere Innenentwicklung nicht nur schon versiegelte Gewerbeflächen durchaus auch wieder teilentsiegeln kann, sondern gleichzeitig auch aus der eigentlich dort nutzbaren Fläche zum Teil das Zwei- und das Dreifache herausholen kann, wenn wir in einer vernünftigen Weise in die Höhe gehen. Da habe ich schon eine erschlossene Fläche. Da muss ich nicht erst die Straßen bauen und, und, und.

Ich glaube, wir müssen mit aller Kraft versuchen, das voranzubringen. In Mühlburg hat man anhand einer kleinen differenzierten Betrachtung aufgezeigt, wie viel untergenutzte Flächen auf vielen dieser Flächen sind. Unser Problem ist, dass uns oft diese Flächen nicht gehören. Deswegen, ich knüpfe an Frau Lorenz an, ich nehme diesen Appell wirklich ernst, wir müssen stärker kundtun. Das ist keine Fehlentwicklung, nicht dass das falsch verstanden wird. Niemand ist gezwungen als erstes die Stadt zu fragen. Aber es wäre wünschenswert, wenn die Verkäufer es täten. Denn wir können dann mit diesen ganzen anderen Flächen ganz anders umgehen. Frau Stadträtin Lorenz, eine Spedition hätte bei uns im Moment nirgends Chancen, Flächen zu kriegen, egal ob im achten Geschoss oder im Erdgeschoss, weil die von ihrer Arbeitsplatzzuweisung zu Fläche sowieso nicht die Zielgruppe sind, für die wir im Moment unsere Gewerbeflächen zur Verfügung stellen würden. Von daher nutzt auch an dieser Stelle eine andere Politik nicht unbedingt etwas.

Wir haben übrigens eine dieser beiden Ansiedlungen, von denen Sie, Herr Ehlgötz, gesprochen haben, verhindert, weil wir mittlerweile Besitzer des Grundstücks geworden sind. Sonst hätten wir sie nicht verhindern können. Aber eine große Verkaufsfläche mit überwiegend ebenerdiger Nutzung ist auch keine so qualifizierte Nutzung eines wichtigen, auch für industrielle Produktion möglichen Gewerbegebiets, wie wir uns das vorstellen. Andere Flächen in privatem Besitz, die es für diesen Nutzer auch durchaus gegeben hätte, waren ihm schlichtweg zu teuer. Dann bin ich nach wie vor trotzdem der Meinung, dass es richtig war, dass wir so gehandelt haben. Wir müssen diese Flächen anders entwickeln. Wir haben in diesem Portfolio von 80 Hektar mindestens 30 Hektar - es ist schon erwähnt worden, das ist Knielingen-West -, die wir, wie wir feststellen, nie für kurzfristige Ansiedlungen nutzen können, weil die Erschließung und alles viel zu aufwendig ist. Auch für längerfristige Anmeldungen, das erleben wir jetzt bei den ganzen Artenschutz- und Naturschutzuntersuchungen bezogen auf die Spange zur B36 zur zweiten Rheinbrücke, ist das ein artenschutzrechtlich und naturschutzrechtlich so wertvolles Gebiet, dass ich gar nicht sicher bin, ob wir sie jemals überhaupt in einem geordneten Verfahren erschließen können, geschweige denn, dass wir es uns leisten können, weil wir da im Tiefgestade sind.

Also von daher sehe ich nach wie vor die Notwendigkeit, wir brauchen dringend besser erschließbare und neue Gewerbegebiete. Aber wir können im Moment gut die im Flächennutzungsplan tauschen gegen Flächen, die wir im Moment aus meiner Sicht auch in absehbarer Zeit sowieso nie erschließen. Deswegen ist, glaube ich, das nicht der limitierende Faktor, sondern der limitierende Faktor ist, dass wir zu wenig Einfluss nehmen können auf Gewerbeflächen, die uns nicht gehören. Da müssen wir ganz anders einsteigen. Da haben Sie auch immer grünes Licht dazu gegeben. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar.

Zum Beispiel Handwerksakademie, selbst wenn ich so eine Fläche hätte, darf aber die Handwerksakademie fast nur ebenerdig gebaut werden, weil die mit diesen Werkstätten arbeiten, und von den Förderbedingungen des Bundes ist es angeblich nicht möglich, dass man dann

noch Geschosse oben draufsetzt, in denen eine andere Nutzung gemacht wird. Dann müsste ich mich schon fragen, ob ich die 40 bis 50 Hektar, wenn ich sie denn hätte, ich habe sie nicht, dann für eine solche Nutzung, die keinerlei Gewerbesteuer abwirft und so weiter, nutze. Das sind schon Dinge, da muss sich auch auf der Bundesebene etwas ändern, damit wir nicht so große Flächen nur eingeschossig bebauen und im Grunde dann damit auch endgültig versiegeln.

Wir arbeiten weiter an einer Lösung. Ich habe der Handwerkskammer auch zugesagt, dass ich mich in Berlin bei der neuen Regierung einsetzen werde, dass wir diese Förderbedingung ändern. Keine Angst, ich kämpfe weiter um den Standort Karlsruhe. Nur, auch das ist etwas, das will im Grunde am Ende sorgsam abgewogen sein.

Jetzt komme ich zu Ihrer Frage, Herr Stadtrat Cramer. Das Problem ist nicht, dass wir nicht in irgendeinem Gewerbegebiet auch gerne mal Kultur zulassen. Das Problem ist, wenn ich einmal Kultur dort zugelassen habe, ich in der Umgebung Einschränkungen der möglichen weiteren Ansiedlungen, und so ähnlich ist es mitunter auch bei Sozialangeboten oder, oder, oder. Gleichzeitig sind wir der Meinung, und da hatten Sie sogar einen flächigen Antrag hier gestellt von der Karlsruher Liste, dass wir teilweise auch zur Stadtentwicklung Kultur in bestimmten Ausnahmefällen in Gewerbegebieten zulassen können/sollten. Da gibt es auch ein ganz prominentes Beispiel mit dem P8, und dass wir auch für die eine oder andere soziale Nutzung uns öffnen sollten. Da sind wir gerade dabei, auch oben in Stupferich in einem kleineren Gewerbegebiet möglicherweise eine solche Öffnung vorzusehen. Aber wir müssen es in jedem Fall wirklich ganz ausdrücklich miteinander abwägen. Es darf nicht von einer solchen Beschlussvorlage das Signal ausgehen, dass jetzt jeder sich irgendwo billige Flächen anmietet, dann sagt, jetzt mache ich da Kultur und sich dann darauf berufen kann, der Gemeinderat hat aber gesagt, dass er so etwas möglich machen will. Deswegen kann es aus unserer Sicht in gut begründeten Ausnahmefällen sein, aber das besprechen wir miteinander. Das bestimmen nicht wir als Stadt. Von daher ist uns diese Öffnung wichtig. Es ist uns aber auch wichtig, dass wir sie wirklich auf Ausnahmefälle beschränken, wo wir sehr genau abwägen, ist das nachhaltig ein kulturell sinnvoller Standard und nehmen wir dann die Nachteile für die Umgebung, also die Entwicklung der Gewerbeumgebung in Kauf, weil wir uns am Ende einen größeren Mehrwert davon versprechen, als wenn wir das dort nicht machen. Mit dieser Diskussion müssen wir dann miteinander punktuell durchgehen, wo sich solche Fragen auftun. Ich habe das mit dem Sozialen übrigens nie ganz verstanden, weil auch Rettungsdienst ein Stück weit für mich etwas Kommerzielles ist oder etwas Gewerbliches. Aber es ist eben so von der Gesetzeslage. Insofern müssen wir das dann auch so beachten.

Das zu dieser Interpretation. Deswegen lade ich Sie wirklich ein, lassen Sie uns an diesen Punkten arbeiten. Wir müssen an mehr Flächen rankommen. Wir müssen bei denen, die Flächen haben, wo wir keinen direkten Zugriff haben, dafür werben, dass sie in die Höhe gehen, dass sie entsiegeln, dass sie sinnvoller diese Flächen nutzen und dass am Ende alle etwas davon haben, auch das Klima, auch die Natur und, und, und. Wir müssen weiter ganz intensiv Gewerbeflächen suchen. Aber wir können sie im Flächennutzungsplan gut tauschen mit Flächen, wo wir uns alle einig sind, dass sie in absehbarer Zeit und wahrscheinlich auf lange Sicht ... Wir waren damals froh übrigens, dass wir Knielingen-West noch mit drin gelassen hatten. Herr Ehlgötz, wenn die Hagsfeld-Mafia nicht so erfolgreich gewesen wäre, hätten wir im Osten der Stadt noch ein paar weniger schwierig erschließbare Flächen gehabt. Also, bei aller Kritik daran, dass die Stadt Karlsruhe zu wenig Flächen ausweist, kenne ich da noch ein paar Flächen, die hätten wir gerne umgesetzt. Das haben Sie mit der CDU-Fraktion verhindert. Also, immer ein bisschen

tiefer hängen die Globalkritik und ich glaube, dass wir damit eigentlich, wenn wir das umsetzen, was ich eben aufgeführt habe an Prioritäten, weiterkommen, als das Signal zu setzen, bloß noch immer mehr Flächen irgendwie in den Fokus zu kriegen und auszuweisen. Denn, wie dargestellt, die Abwanderungen hatten wir, die Anfragen konnten wir nicht bedienen. Aber nicht, weil wir keine Flächen gehabt hätten, sondern weil sie einfach nicht in der Qualität sind, wie wir sie an der Stelle gebraucht hätten. Das noch mal aus meiner Sicht zur Erläuterung.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Noch einmal ganz kurz möchte ich das für meine Fraktion präzisieren mit den Möglichkeiten kultureller Nutzung im Gewerbegebiet. Frau Erste Bürgermeisterin, wir sehen das so, dass die Besitzer, die Immobilien haben in Gewerbebetrieben, oft auf kulturelle Einrichtungen zugehen oder denen nicht abgeneigt sind, weil sie es für Gewerbe nicht vermietet bekommen. Das muss man doch einfach sehen, denn die Kultur nimmt nichts weg. Im Grunde genommen ist es so, die Immobilienbesitzer bekommen es, aus was für Gründen auch immer, an gewerbliche Nutzer nicht vermietet und nehmen dann, um überhaupt Mieteinnahmen zu haben, auch kulturelle Einrichtungen rein. Das möchte ich noch einmal ganz klar feststellen. Das ist unsere Grundvoraussetzung natürlich, das ist ganz klar. Aber wir möchten, bevor dann ein Immobilienbesitzer sein Gebäude leer stehen lassen muss, weil er kein Gewerbebetrieb findet und kulturelle Nutzung, die er reinnehmen könnte, nicht darf. Das ist der Punkt, dass man da eben flexibler ist und da solche Dinge auch zulässt.

Der Vorsitzende: Wenn es kulturelle Nutzung ist im Sinne eines Proberaums, ist das bisher auch noch nie ein Problem gewesen. Das schafft uns an verschiedenen Stellen im Moment die Probleme. Aber wenn jemand eine Fläche hat in dieser Stadt, und der findet keine Nutzer zu den von ihm vorgegebenen Bedingungen, muss er aus meiner Sicht an den Bedingungen etwas ändern und nicht sagen, ich nehme jetzt eine Kulturnutzung mit Öffentlichkeit, darum geht es ja. Es geht nicht darum, dass einer am Schlagzeug probt oder so, sondern es geht darum, dass es dann ein kulturelles Angebot an die Öffentlichkeit ist im Sinne einer Versammlungsstätte. Da müssen wir uns sehr genau überlegen, ob wir uns das in einem Gewerbegebiet vorstellen können oder nicht. Nichts weiter steht in dieser Vorlage drin, dass es in Einzelfällen sicherlich etwas ist, was man erwägen kann, dass es aber nicht die generelle Linie ist, dass wir das überall zulassen. So ähnlich ist es auch mit den sozialen Nutzungen. Dafür gibt es gute Gründe. Dennoch können es auch viele Einzelfälle sein, die wir diskutieren. Aber wir müssen es Einzelfall für Einzelfall bezogen abwägen, und so ist es zu verstehen.

Dann kommen wir zur Abarbeitung der Anträge. Am weitestgehend ist der Antrag der AfD, nämlich in die ursprünglichste Fassung zurückzukehren. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann stelle ich den CDU-Antrag zur Abstimmung, der sich auf einen Zwischenstand bezieht. Die Ziffer 4 wird verändert, Sie haben es genau geschrieben. Ich will es jetzt gar nicht wiedergeben. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Auch das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Der GRÜNEN-Antrag hatte sich erledigt. Damit kommen wir zur unveränderten Beschlussvorlage der Verwaltung. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche Annahme.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. Februar 2022